

1484 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales

über die Regierungsvorlage (1472 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Verbrechensopfergesetz geändert wird

In der Entschließung des Nationalrates vom 26. Februar 1998, E-105-NR XX. GP wurde die Forderung nach Übernahme der Therapiekosten für Verbrechensoffer erhoben. Die gegenständliche Regierungsvorlage sieht nun vor, daß allfällige Selbstkosten für psychotherapeutische Behandlungen, die Beschädigte und Hinterbliebene infolge einer mit einer mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe bedrohten rechtswidrigen und vorsätzlichen Handlung in Anspruch nehmen müssen, vom Bund zu übernehmen sind. Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, daß der zuständige Krankenversicherungsträger für die psychotherapeutischen Behandlungen einen Kostenzuschuß leistet. Die Kostenübernahme soll auch für Taten vor dem Inkrafttreten gelten, es sollen jedoch nur die Kosten für psychotherapeutische Behandlungen ab dem Inkrafttreten der Neuregelung übernommen werden.

Der Ausschuß für Arbeit und Soziales hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 17. November 1998 in Verhandlung genommen.

Berichterstatlerin im Ausschuß war die Abgeordnete Marianne **Hagendorfer**.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Gottfried **Feurstein**, Ridi **Steibl**, Karl **Öllinger**, Mag. Walter **Guggenberger**, Dr. Elisabeth **Pittermann**, Edeltraud **Gatterer**, Dr. Volker **Kier**, Sigisbert **Dolinschek**, Edith **Haller**, Reinhart **Gaugg**, Mag. Herbert **Haupt**, Heidrun **Silhavy**, Josef **Meisinger** sowie die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales Eleonora **Hostasch**.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1472 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1998 11 17

Marianne Hagenhofer

Berichterstatlerin

Annemarie Reitsamer

Obfrau